

vhw

Bürgerorientierte Nachhaltigkeits- und Klimastrategien auf kommunaler Ebene

Eine Umfrage in Bremen, Dortmund, Nürnberg und Mannheim

„Die Musik spielt in den Kommunen“ ist landauf, landab zu vernehmen. Dies trifft nicht nur auf das bürgerschaftliche Engagement, sondern auf viele Möglichkeiten der Partizipation an Projekten der Stadtentwicklung und des Wohnens zu. Beim Thema Nachhaltigkeit und Klimaschutz ist indes oft die Rede von bundesrechtlichen Vorschriften und gar europäischen Rahmenbedingungen. Auch der Bürger selbst sucht sich seine eigenen Möglichkeiten der Intervention im Spannungsfeld zwischen Mülltrennung und Kerosinabgabe. Wie steht es jedoch um die Nachhaltigkeits- und Klimastrategien der Kommunen selbst? Auch hier ist die Spanne recht groß: von solchen mit besonders weitreichenden Klimazielen (EU covenant of mayors) bis zu jenen mit schwierigen strukturellen Ausgangsbedingungen. Der vhw hat dieses Schwerpunktthema zum Anlass genommen, in den vier deutschen Großstädten Bremen, Dortmund, Nürnberg und Mannheim einmal nachzufragen, wie es mit Zielen, Konzepten, Strategien und Beteiligungsmöglichkeiten aussieht.

Welche Klimaschutzziele hat sich Ihre Stadt gesetzt und welche Maßnahmen stehen bei der Umsetzung im Vordergrund?

Bremen: Bremen verfolgt das Ziel, seine CO₂-Emissionen bis 2020 um mindestens 40% gegenüber dem Niveau des Jahres 1990 zu senken. Das Minderungsziel für 2020 bezieht sich dabei auf die CO₂-Emissionen, die durch den Endenergieverbrauch im Land Bremen (ohne Stahlindustrie) verursacht werden. Die Herausnahme der Stahlindustrie begründet sich mit den besonderen technischen und wirtschaftlichen Bedingungen energieintensiver Industrien – diese Aufgabe kann nicht in erster Linie auf einzelkommunaler Ebene, sondern muss von der Klimaschutzpolitik auf nationaler und internationaler Ebene angegangen werden. Vorrangige Potenziale und Maßnahmen zur CO₂-Einsparung werden vor allem in den Handlungsfeldern der Nutzung und Erzeugung von elektrischem Strom, der Wärmeversorgung, der energetischen Optimierung von Gebäuden, der Sensibilisierung von Unternehmen sowie im Verkehrs- und Mobilitätsbereich gesehen.

Dortmund: Ziel ist die Senkung der CO₂-Emissionen um 40% bis 2020 (Basisjahr 1990). Von zentraler Bedeutung sind die Themen: energetische Altbauanierung, effektiver Umgang mit Strom und der Ausbau erneuerbarer Energien. Durch das zu erstellende Handlungsprogramm werden zahlreiche Maßnahmen zur Umsetzung der Klimaziele erwartet. Die Einrichtung eines Dienstleistungszentrums Energieeffizienz soll die Umsetzung unterstützen. Neben den im Handlungsprogramm zu erstellenden Maßnahmen engagiert sich die Stadt Dortmund im Klimaschutz seit Jahren zum Beispiel durch die Teilnahme am European Energy Award (2003) und am ÖKO-

PROFIT-Verfahren (2001). Alleine im Maßnahmenprogramm des European Energy Award sind über 100 klimarelevante und bereits beschlossene Maßnahmen und Aktionen aufgeführt, die sich zurzeit in der Umsetzung befinden.



Abb. 1: Bremen

Nürnberg: Mit dem Beitritt zum Klimabündnis der Städte im Jahr 2000 ging die Stadt Nürnberg die Selbstverpflichtung ein, bis 2010 die CO₂-Emissionen (in Bezug auf das Basisjahr 1987) um 50% zu reduzieren. 2006 beschlossen die Klimabündnis-Städte als weitere Zielsetzung, den CO₂-Ausstoß alle fünf Jahre um 10% zu reduzieren. Langfristig streben die Klimabündnis-Städte eine Verminderung ihrer CO₂-Emissionen auf 2,5t/Einwohner und Jahr an. Die Umsetzung dieser ehrgeizigen Ziele wird durch ein umfassendes Maßnahmenbündel angestrebt, das im Klimaschutzfahrplan 2000-2010 und 2010-2020 aufgeführt ist. Im Klimaschutzfahrplan 2010-2020 wird



als Ziel formuliert, die CO₂-Emissionen bis 2020 (gegenüber dem Basisjahr 1990) um 40% zu reduzieren. Dies soll durch verschiedene Maßnahmen in den Bereichen Wohnungsbau, Unternehmen, private Haushalte, regenerative Energien, Zukunftstechnologien, Kommunales Energiemanagement und im Verkehr erreicht werden.

Mannheim: Die Mannheimer Stadtverwaltung hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit allen Akteuren die in der Klimaschutzkonzeption 2020 vom Gutachter aufgezeigten CO₂-Minderungspotenziale, bis 2020 in Deutschland 40 % weniger CO₂ gegenüber 1990 auszustoßen (Bundesziel), zu erreichen. Dafür werden die notwendigen kurz- und mittelfristigen Maßnahmen in den Bereichen Energie und Verkehr aus dem dazugehörigen 60 Maßnahmen umfassenden Aktionsplan schrittweise bis 2020 umgesetzt. Als erste Maßnahmen hat Mannheim die Klimaschutzagentur Mannheim zur kostenlosen Erstberatung von Bürgern, Gewerbetreibenden, Vereinen und Kirchen gegründet und die Klimaschutzleitstelle bei der Stadtverwaltung eingerichtet. Derzeit stehen die Erarbeitung von Leitlinien zum energieeffizienten Bauen bei stadteigenen Liegenschaften und der Aufbau eines Klimaschutzkommunikationskonzepts sowie eines Controllings im Vordergrund der Aktivitäten.

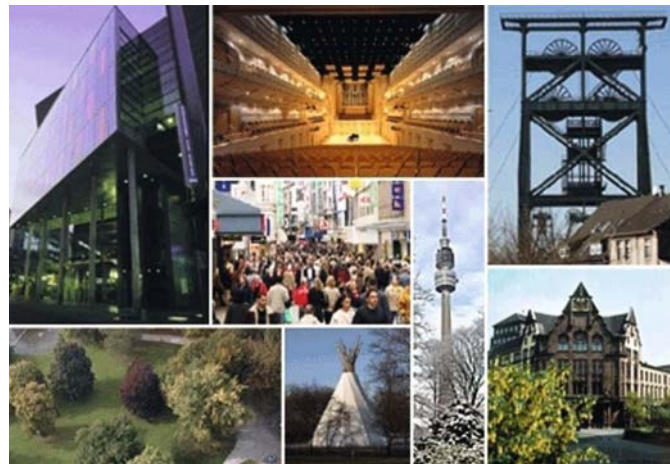


Abb. 2: Dortmund

Liegt bereits ein umfassendes Klimaschutzkonzept vor oder wird ein solches vorbereitet/ist es geplant?

Bremen: Bereits vom Senat beschlossen wurde ein Aktionsprogramm Klimaschutz 2010 mit kurzfristig möglichen Maßnahmen. Derzeit in Bearbeitung befindet sich ein umfassendes Klimaschutz- und Energieprogramm 2020, das dem Senat bis Jahresende 2009 zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll. Der Bereich des Klimaschutzes ist ebenfalls ein hervorgehobenes Handlungsfeld des neuen Leitbildes der Stadtentwicklung, das der Senat im Mai 2009 als gemeinsamen Orientierungsrahmen mit konkret messbaren Zielen beschlossen

hat. Das Leitbild-Handlungsfeld „Bremen klimafreundlich gestalten“ enthält drei konkrete Ziele: „Bremen will ...

- ... bis zum Jahr 2020 die jährlichen CO₂-Emissionen mindestens um 40% gegenüber dem Niveau des Jahres 1990 (ohne Stahlindustrie) senken;
- ... bis zum Jahr 2020 mindestens die Hälfte der Haushalte mit in Bremen regenerativ erzeugtem Strom versorgen können;
- ... bis zum Jahr 2020 gemeinsam mit den Akteuren der Metropolregion eine regionale Klimaanpassungsstrategie verbindlich vereinbart und bis 2020 in wesentlichen Punkten umgesetzt haben.“ (Zitat aus: „Bremen! Lebenswert-urban-ernetzt. Leitbild der Stadtentwicklung 2020“. Bremen 2009; S. 52/53)

Dortmund: Es gibt bereits CO₂-Bilanzen, Klimaberichte und einen Masterplan Klimaschutz. Mit dem Ratsbeschluss vom 15.05.2008 (Drucksache Nr. 10663-07) wurde der Auftrag zur Erstellung eines umfassenden Klimaschutzkonzeptes an die Verwaltung gestellt. Das im Zeitraum Oktober 2009 bis September 2010 im Rahmen eines BMU-Förderprojektes zu erstellende „Handlungsprogramm Klimaschutz“ soll aufzeigen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die vorgegebene Senkung der CO₂-Emissionen herbeizuführen und die entsprechende Minderung des Energiebedarfs bis zum Jahr 2020 zu erreichen. Die Aufstellung des Handlungsprogramms erfolgt in einem breiten kommunikativen und partizipativen Ansatz und besteht aus drei Teilkonzepten: die Erstellung eines Handlungsprogramms im engeren Sinne, Strategien für den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die Einrichtung eines Dienstleistungszentrums Energieeffizienz. Während das Dienstleistungszentrum Energieeffizienz unmittelbar nach dem Ende des Förderzeitraums die Arbeit aufnehmen soll, werden von den anderen beiden Teilprojekten konkrete Aussagen zur Umsetzung des Handlungsprogramms und der Strategien für den Ausbau erneuerbarer Energien erwartet.

Nürnberg: Die Stadt Nürnberg hat mittlerweile drei Klimaschutzberichte herausgegeben (1994, 1999 und 2006) und zwei Klimaschutzfahrpläne vorgelegt (2000-2010 und 2010-2020).

Mannheim: Die Stadt Mannheim hat im Gemeinderat am 13.10.09 die Klimaschutzkonzeption 2020 (Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes aus dem Jahr 1999) beschlossen, erstellt vom ifeu-Institut Heidelberg. Mannheim ist aktuell auch in die Erarbeitung eines regionalen Energiekonzeptes eingebunden und will sich mit der Klimaschutzkonzeption 2020 mit an die Spitze der Klimaschutzbewegung der Metropolregion Rhein-Neckar stellen. Das Mannheimer Klimaschutzkonzept 2020 enthält einen ambitionierten Maßnahmenkatalog mit 60 Einzelmaßnahmen in den Bereichen Energie und Verkehr sowie CO₂-Bilanzen für beide Teile und Szenarien der Entwicklung der Endenergieverbräuche.



Abb. 3: Mannheim

Sind die Bürger – und wenn ja, in welcher Form – in die Planung/Erstellung eines solchen Konzeptes einbezogen worden?

Bremen: Der Erarbeitungsprozess des neuen Leitbildes der Stadtentwicklung Mitte 2008 bis Mitte 2009 war durch vielfältige öffentliche Diskussionsforen und Beteiligungsangebote geprägt. Auch die darauf aufbauende Erarbeitung des Klimaschutz- und Energieprogramms erfolgt unter öffentlicher Beteiligung durch öffentliche Diskussionsveranstaltungen, aufgrund der spezifischeren Thematik allerdings mit einem Schwerpunkt auf frühzeitige Beteiligung institutioneller Träger.

Dortmund: Geplant ist, die Bürger z.B. über eine Energiemesse und Foren etc. zu informieren. Weiterhin werden Bürger angeschrieben werden, um Auskünfte über Energieverbräuche oder Verhaltensweisen zu erfahren. Eine intensivere Einbeziehung der Bürger, z.B. über das Dienstleistungszentrum, erfolgt erst während und nach der Umsetzung einzelner Maßnahmen. Durch den Konsultationskreis Energieeffizienz und Klimaschutz werden Ergebnisse und Teilschritte über die Erstellung des Handlungsprogramms hinaus in einem großen Kreis von Multiplikatoren kommuniziert und abgestimmt. Einbezogen ist unter anderem der Agenda-Arbeitskreis Erneuerbare Energien, der seit acht Jahren mit bürgerschaftlichem Engagement das Thema Energie und Klimaschutz in Dortmund unterstützt.

Nürnberg: Die Klimaschutzberichte und -fahrpläne sind von der Verwaltung bzw. beauftragten Dritten erarbeitet worden. Eine Einbeziehung von Bürgern in die wissenschaftliche Konzept- und Strategieerarbeitung erscheint aufgrund der Komplexität der Materie und umfassender Würdigung unterschiedlichster Aspekte nicht hilfreich. Jedoch gingen zahlreiche Anregungen aus dem Agenda-Prozess, der in Nürnberg bereits seit 1997 auf großem bürgerschaftlichen Engagement, gerade auch im Energiebereich, basiert, in die Konzeptentwicklung mit ein (Beispiel: Solardachbörse).

Mannheim: Das Mannheimer Klimaschutzkonzept 2020 wurde durch das ifeu-Institut Heidelberg auf der Grundlage zahlreicher Interviews und Workshops mit Akteuren, einer umfangreichen ifeu-internen Maßnahmenmatrix und bundesweiten kommunalen Klimaschutzkonzepten in Deutschland erstellt. Da die privaten Haushalte aufgrund des großen Energieeinsparpotenzials eine wesentliche Rolle innerhalb der Maßnahmen der Klimaschutzkonzeption 2020 spielen,

werden die Bürger insbesondere in die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen eingebunden werden. Besonders die neu gegründete Klimaschutzagentur Mannheim wird dieses bürgerschaftliche Engagement für den Klimaschutz fördern und bietet dazu eine umfassende Beratungshilfe an. Wettbewerbe zur Energieeinsparung und zum Einsatz erneuerbarer Energien sowie kommunale Förderprogramme sollen die Bürger dabei in ihrem Engagement unterstützen und das Klimaschutzbewusstsein in der Bevölkerung stärken. Mannheims Bürger bekommen künftig nicht nur die Möglichkeit, stärker an den Entscheidungen und Prozessen der Verwaltung teilzuhaben, sondern werden dazu auch explizit aufgefordert. Ziel ist der Mannheimer Mitmach-Bürger.



Abb. 4: Nürnberg

Gibt es Pläne, Entwürfe, Konzepte für eine umfassende kommunale Nachhaltigkeitsstrategie?

Bremen: Das im Mai 2009 beschlossene neue Leitbild der Stadtentwicklung definiert Nachhaltigkeit als einen von vier Maßstäben des künftigen Handelns zur Stadtentwicklung: „Das Leitbild will die ökonomische, ökologische und soziale Balance und die kulturelle Vielfalt Bremens. Die besonderen Qualitäten Bremens werden so für künftige Generationen mit ihren eigenen Entscheidungs- und Gestaltungsspielräumen erhalten.“ (S. 16/17) Diese generelle Zielsetzung wird in insgesamt sieben integrativen Handlungsfeldern, darunter das schon erwähnte Handlungsfeld „Bremen klimafreundlich gestalten“, sowie dem Querschnittsfeld der regionalen Kooperation weiter konkretisiert. Weitere Informationen unter: www.komm- mit-nach-morgen.de und www.stadtentwicklung.bremen.de

Dortmund: Die Dortmunder Nachhaltigkeitsstrategie lässt sich auf drei Kernbereiche zusammenfassen: integrierte Pläne & Konzepte, umfassende Konsultation & Partizipation, abgestimmte Umsetzung & Maßnahmen. In den Dortmunder Stadtbezirken werden regelmäßig unter breiter Bürgerbeteiligung sogenannte „Integrierte Stadtbezirkentwicklungskonzepte“ (InSEKts) aufgestellt und aktualisiert. Der



Bestand wird einer umfassenden Ist-Analyse unterzogen und Potenziale des jeweiligen Stadtbezirkes ermittelt und fortgeschrieben. Auf gesamtstädtischer Ebene wird anhand von sogenannten **„Masterplänen“** die Rahmenplanung für Ziele und Maßnahmen der nächsten 20 Jahre diskutiert. Solche breit abgestimmten und beständig aktualisierten Pläne gibt es zum Beispiel zu den Themen Umwelt, Wohnen, Einzelhandel usw. Angesichts der stetig zunehmenden Herausforderungen ist es erforderlich, alle Kräfte für einen wirksamen und nachhaltigen Klimaschutz zu bündeln. Die Stadt, ihre Wissenschaftler, Wirtschaftsunternehmen, die politischen Gremien und nicht zuletzt alle Dortmunder Bürger müssen zusammenwirken, um das Ziel der CO₂-Emissionssenkung um bis zu 40% bis zum Jahr 2020 zu erreichen. Zu diesem Zweck wurde eine Projektgruppe – der **„Konsultationskreis Energieeffizienz und Klimaschutz“ (KEK)** – mit hochrangigen Vertretern aus 28 verschiedenen Organisationen gebildet. Beteiligt sind zum Beispiel städtische Ämter und Betriebe, kommunale Ver- und Entsorgungsbetriebe, sachkundige Bürger sowie die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer. Die Aufgaben des KEK sind die unterstützende Beratung und Begleitung bei der Erstellung der Handlungsprogramme für den Klimaschutz, die Initiierung von Projekten und gemeinsamen Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit, die Koordination der jeweiligen Aktivitäten zum Klimaschutz sowie die Akquise von Fördermitteln und Forschungsprojekten. Der KEK ist die zentrale Kommunikationsplattform zur Abstimmung und Koordination der zahlreichen Projekte und Aktivitäten zum Klimaschutz (European Energy Award, ÖKOPROFIT, EU Konvent der Bürgermeister, Eurocities Declaration, Klimabündnismitgliedschaft etc.).

Solche **Konsultationsprozesse** haben in Dortmund eine lange Tradition und sind in verschiedenen Themenfeldern implementiert. So zum Beispiel im Bereich der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit durch das Dortmunder Aktionsbündnis zum Fairen Handel (Hauptstadt des Fairen Handels 2003 und 2005, Sonderpreisträger 2009, Fairtrade Town), beim Einzelhandel oder im Bereich Bauen und Wohnen. Ge-

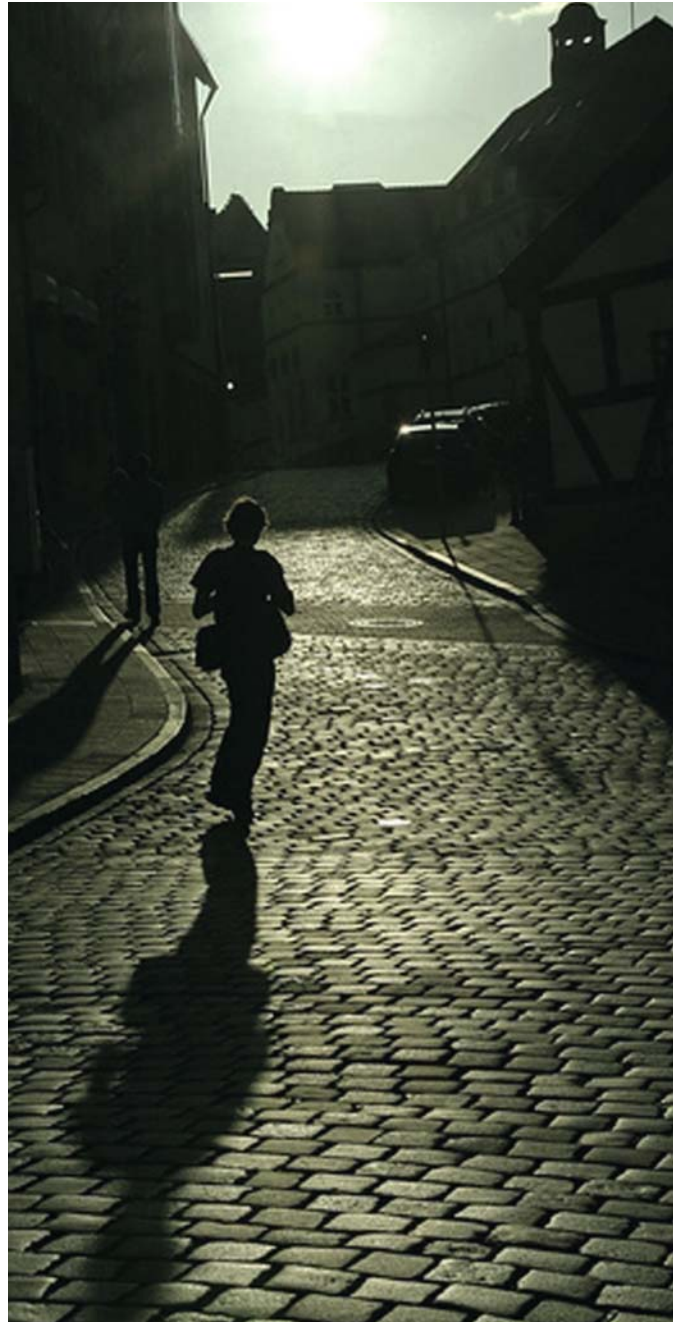


Abb. 6: ... in Nürnberg



Abb. 5: Große Ziele werfen ihre Schatten voraus, in Dortmund ...

tragen werden solche Prozesse zu einem großen Teil durch das überragende **bürgerschaftliche Engagement**. So werden zum Beispiel durch die seit über acht Jahren aktiven Agenda-Arbeitskreise zu den Themen Energie, Bildung & Schule und Mobilität regelmäßig Aktionen und Projekte unter anderem zum Thema Klimaschutz durchgeführt. Für ihr ehrenamtliches Engagement im Sinne der Agenda 21 sind bereits über 80 Dortmunder Akteure mit dem „Agenda-Siegel“ der Stadt Dortmund ausgezeichnet worden. Auch im Bildungsbereich gibt es im Rahmen der UN-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung mit dem Dortmunder Schulnetzwerk eine Plattform, die von 20 Schulen aller Schulformen und 15 außerschulischen Bildungspartnern genutzt wird, um gemeinsam Themen und Projekte kommunaler Nachhaltigkeit zu bearbeiten.



Nürnberg: Die Stadt Nürnberg hat einen wissenschaftlich fundierten, aber auch praktisch handhabbaren Katalog von Nachhaltigkeitsindikatoren entwickelt, der Grundlage für den ersten umfassenden Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Nürnberg 2005-2008 ist. Er wurde im Oktober 2009 veröffentlicht und umfasst die drei Bereiche

- Ökologische Zukunftsfähigkeit,
- Solidarische Stadtgesellschaft,
- Zukunftsfähige Wirtschaft.

Mannheim: Die Stadt Mannheim hat mit der Klimaschutzkonzeption 2020 bereits für den Bereich Klimaschutz eine nachhaltige Strategie entwickelt. Nachhaltigkeit wird weit über die



Abb. 7: ... in Mannheim



Abb. 8: ... und in Bremen

umweltrelevanten Belange hinaus als Querschnittsaufgabe in der Stadtverwaltung in allen Politikbereichen verstanden. Mannheim hat durch Vorhaben wie Lärminderungsplanung, stärkere Bürgerbeteiligung, Schaffung von Krippenplätzen, faire Beschaffung usw. große Schritte in Richtung einer nachhaltigen Stadtentwicklung gemacht. Die Bildung einer neuen Fachgruppe mit der Zuständigkeit „Nachhaltige Stadtteilorientierung und Bürgerbeteiligung“ setzte ein weiteres Zeichen dahingehend. Eine umfassende kommunale Nachhaltigkeitsstrategie, die alle Maßnahmen Mannheims unter einem Dach bündelt, jährliche Nachhaltigkeitsberichte oder Indikatorenkataloge bestehen derzeit noch nicht für Mannheim.

„Man kann nicht nicht kommunizieren!“ (Paul Watzlawick)

Schlechte Nachrichten überbringen, feurige Reden halten, Verbündete gewinnen, ...

In der Informationsgesellschaft sind Aufklärung, Dialog und Verständigung unverzichtbare Bausteine für die erfolgreiche Arbeit in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Kommunikation ist zwar nicht alles – aber ohne Kommunikation ist alles nichts! Auch das fachlich beste Konzept und die über jeden Zweifel erhabene Strategie sind nur noch die Hälfte wert, wenn es nicht gelingt, die Botschaft ordentlich „überzubringen“.

„Reden, Schreiben, Überzeugen!“ ist das Motto einer neuen vhw-Reihe, in der Grundlagen und Fertigkeiten der Kommunikation in Seminaren, Workshops und Übungen vermittelt werden. Den Auftakt hierfür bilden die Veranstaltungen:

Die Krise professionell meistern – in den Medien und in der Öffentlichkeit

- am 22. März 2010 in Frankfurt/Main und
- am 20. April 2010 in Dortmund

Teilnahmegebühren:

- 245,00 Euro für Mitglieder des vhw
- 295,00 Euro für Nichtmitglieder

Im Sommer wird die Reihe fortgesetzt mit den Workshops:

Es gilt das gesprochene Wort: Stimme und Körpersprache gezielt einsetzen!

- am 10. Juni 2010 in Frankfurt/Main und
- am 6. Juli 2010 in Dortmund

Teilnahmegebühren:

- 450,00 Euro für Mitglieder des vhw
- 540,00 Euro für Nichtmitglieder

Referent und (Übungs-)Leiter dieser Veranstaltungen ist **Hans-Jürgen Bartsch**, seit 30 Jahren Journalist, Redakteur, Sprecher und Moderator für Sendeanstalten der ARD mit dem Schwerpunkt der politischen Berichterstattung; „Sprech-Trainer“ für Kolleginnen und Kollegen aus Rundfunk und Fernsehen...

Weitere Informationen: Telefon (030) 39 04 73 220 oder www.vhw.de